



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 29.06.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ergebnisse des Jugendhearing vom 04.06.2016

Vorl.Nr. 210/16

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Jugendlichen der Initiative.

Herr **Burtchen** (FB Bildung und Familie) bedankt sich für die Zusammenarbeit als Paten bei den Stadträtinnen Moersch und Deetz und beim Stadtjugendring. Herr **Burtchen** und Frau **Junginger** (FB Bildung und Familie) berichten zusammen mit Vertretern der Jugendinitiative über das Jugendhearing und dessen Ergebnisse. Der Prozess sei bereits im letzten Drittel des Konzeptes angelangt.

Die Vertreter der Jugendinitiative stellen die Ergebnisse anhand einer Präsentation vor. Sie berichten über verschiedene Möglichkeiten einer Beteiligung. Eine offene Beteiligung sei vorstellbar. Hier treffen sich engagierte Jugendliche, es könne jeder mitmachen und die Hemmschwelle sei eher niedrig. Als Ansprechpartner stelle man sich die Leiter der städtischen Jugendcafés, Vertreter aus Gemeinderat und Verwaltung vor. Über eine Beteiligung in Form eines Jugendbeirates oder eine projektbezogene Beteiligung mit eigenem Budget sei ebenso nachgedacht worden. Bei der Struktur des Jugendgemeinderates mit 20 Mitgliedern und einer Altersspanne von 14-21 Jahren solle eine Wahl alle zwei Jahre stattfinden. Ein Vertreter aus jeder Schulart sei wünschenswert. Die politische Bildung und das Interesse an Politik solle bereits in den Schulen geweckt werden. Der Jugendgemeinderat müsse für die Jugendlichen gut erreichbar sein. Zu verschiedenen Themen sei bei den anwesenden 43 Jugendlichen eine TED Umfrage gemacht worden. Diese wurde im Anschluss vorgestellt.

Als Fazit des Jugendhearings wünschten sich die Jugendlichen eine ernstgenommene Beteiligung im Gemeinderat. Sie wollten in verschiedene Themen mit einbezogen werden. Als Personenkreis sehe man alle Jugendliche, die ihren Lebensmittelpunkt in Ludwigsburg haben.

Herr **Burtchen** geht auf die Konsequenzen für Ludwigsburg und die weitere Vorgehensweise ein. Der Jugendgemeinderat solle über ein eigenes Budget verfügen. Außerdem solle der Jugendgemeinderat durch Paten aus dem Gemeinderat unterstützt werden. Eine Unterstützung aus der Verwaltung sei ebenso notwendig. Durch Kampagnen wolle man noch weitere Jugendliche gewinnen. Die Beschlussfassung im Gemeinderat solle noch vor der Sommerpause 2016 erfolgen.

Als Paten lobten die Stadträtinnen **Deetz** und **Moersch** die Arbeit der Initiative und aller Beteiligten. Sie sehen die Jugendbeteiligung als einen Auftrag an die Politik.

Stadtrat **Herrmann** teilt mit, dass diese Thematik bereits vor 5 Jahren diskutiert worden sei. Er freue sich besonders, dass jetzt der Anstoß von den Jugendlichen selbst gekommen sei. Allerdings erscheine ihm bei einer betroffenen Personenzahl von circa 6.000 Jugendlichen eine Beteiligung von 43 Jugendlichen bei einer Altersspanne von 16-21 Jahren beim Jugendhearing als eher wenig. Sie könne aber als gute Basis gesehen werden. Er tendiere zur Gründung eines Jugendgemeinderates, da hier tatsächlich junge Leute beteiligt seien die sich mit verschiedenen, auch weniger populären Themenbereichen, beschäftigen. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass in anderen Städten geschaffene Jugendgemeinderäte zwischenzeitlich nicht mehr wirkten. Er sehe deshalb eine personelle Begleitung aus der Verwaltung als zwingend notwendig an. Die Folge, dass hier Personalmehrbedarf bestehe, sei ihm bewusst. Er fordert, noch weitere Informationen aus vergleichbaren Städten einzuholen. Im weiteren Verfahren seien Detailfragen, unter anderem die Definition des angesprochenen Personenkreises, zu klären. Seine Fraktion stimme im Grunde der Einrichtung eines Jugendgemeinderates zu.

Stadtrat **Haller** geht ebenso auf das Scheitern des Jugendgemeinderates in anderen Städten ein. Eine konstant besetzte Sozialpädagogenstelle sei wünschenswert. Als besonders wichtig merkt er an, dass sich die Jugendlichen nicht nur punktuell, sondern dauerhaft engagieren sollen und dass dieses Engagement tatsächlich eingebunden werden solle. Den Jugendlichen solle eine gewisse Entscheidungsbefugnis eingeräumt werden. Wichtig sei außerdem, dass die Beteiligung niederschwellig sei und nicht polarisieren dürfe. Ein Konzept mit Zielen und Formen einer möglichen Beteiligung solle erstellt werden. Seine Fraktion stimme grundsätzlich zu.

Der Jugendgemeinderat als Ansprechpartner für die Jugendlichen solle eine Altersspanne von 14-21 Jahren abdecken führt Stadträtin **Deetz** aus. Ebenso solle das Gremium auf 2 Jahre gewählt werden. Das aktive Wahlrecht sollen alle mit Wohnsitz in Ludwigsburg und das passive Wahlrecht für Ludwigsburger Schüler ohne Wohnsitz in Ludwigsburg erhalten. Ihre Fraktion werde einem Jugendgemeinderat zustimmen.

Stadträtin **Moersch** sieht den Jugendgemeinderat als längst überfälligen Meilenstein für die Stadt Ludwigsburg. Der Gemeinderat solle noch vor der Sommerpause über die Einrichtung des Jugendgemeinderates entscheiden. Als sehr wichtig sei unter anderem die Begleitung, Wertschätzung und Bindung an den Gemeinderat. Für die Einbindung nicht in Ludwigsburg wohnhafter Jugendlicher sei für sie der Lebensmittelpunkt entscheidend. Eine Bereicherung für die Stadt sieht sie durchaus im Engagement „auswärtiger Jugendlicher“.

Stadtrat **Heer** ist der Ansicht, dass die Ausführungsbestimmungen und die Satzung des Jugendgemeinderates noch im Detail zu klären seien. Er geht auf die Problematik des Wahlrechtes auswärtiger Jugendlicher ein. Seine Fraktion befürworte die Einrichtung eines Jugendgemeinderates. Bei der Ausgestaltung bestehe noch Beratungsbedarf.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass die Rahmenbedingungen noch vor der Sommerpause beschlossen werden sollen. Der Auftrag an die Verwaltung sei, einen Jugendgemeinderat mit aufzubauen und hierfür die Ressourcen bereitzustellen. Die angedachte Zeitschiene sehe die Vorbereitung für einen Wahlkampf im Herbst und eine Wahl zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor.

TOP 2

**TSV Ludwigsburg e. V. - Baukostenzuschuss
für den Umbau der Kegelbahn in einen
Gymnastikraum**

Vorl.Nr. 191/16

Beschluss:

Der TSV Ludwigsburg e. V. erhält für den Umbau seiner Kegelbahn in einen Gymnastikraum bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 66.000 € einen Zuschuss gemäß der städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 33.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf (krank)
Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss (privat verhindert)

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Vereinsmitglieder und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** freut sich über die Hartnäckigkeit des Vereins und spricht Lob und Dank an die Herren Dahler und Dominik aus, dass für den Zuschuss Haushaltsmittel bereitgestellt werden können. Seine Fraktion stimme zu.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) teilt mit, dass die Ausgaben im Haushalt 2016 zwar nicht eingeplant seien, sie könnten allerdings aus dem Haushaltsansatz „unvorhergesehenes“ bedient werden.

Auf Nachfrage von Stadtrat **von Stackelberg** bestätigt Herr **Dahler**, dass der finanzielle Hintergrund der Vereine grundsätzlich geprüft werde. Seine Fraktion stimme dem Zuschuss zu.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 191/16 zur Abstimmung.

TOP 3

**Turnverein Neckarweihingen 1899 e. V. -
Baukostenzuschuss Sanierung Geschäftsstelle
und Heizungsanlage**

Vorl.Nr. 189/16

Beschluss:

Der Turnverein Neckarweihingen 1899 e. V. erhält für die Sanierung der Geschäftsstelle und der Heizungsanlage bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 30.000 € einen Zuschuss gemäß der städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 15.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf (krank)

Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss (privat verhindert)

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Ein Sachvortrag wird vom Gremium nicht gewünscht.

In der von EBM **Seigfried** eröffneten Aussprache, spricht Stadtrat **Link** seinen Dank an Herrn Dahler und Herrn Dominik aus.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl. Nr. 189/16 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 4

**Erhöhung des städtischen Mietzuschusses für
die LudwigsTafel e. V.**

Vorl.Nr. 170/16

Beschluss:

Der Mietzuschuss für den Verein LudwigsTafel wird für die neuen Räume in der Saarstr. 25 ab 01.07.2016 bis zum 30.06.2019 von bisher 8.670 Euro auf künftig 14.726 Euro pro Jahr erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf (krank)
Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss (privat verhindert)

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert kurz den Werdegang der LudwigsTafel. Mittlerweile sei diese eine dauerhafte und wichtige Einrichtung für Ludwigsburg.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass die LudwigsTafel eine wichtige soziale Säule der Stadt sei. Die Unterbringung in den neuen Räumlichkeiten sei eine gute Lösung. Er schlägt vor, den Beschluss um eine Befristung von 3 Jahren zu ergänzen um sicherzustellen, dass regelmäßig über die Entwicklung der LudwigsTafel berichtet werde. Diesen Vorschlag nimmt EBM **Seigfried** in den Beschlussvorschlag auf.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** teilt mit, dass ihre Fraktion zustimme.

Stadtrat **Daferner** stimme ebenfalls zu. Grundsätzlich solle sich der Armutsfrage angenommen

werden. Die bisherige Unterbringung der LudwigsTafel sei nicht mehr haltbar gewesen. Die Befristung auf drei Jahre werde begrüßt.

Stadtrat **Dengel** sowie Stadtrat **Heer** kündigen jeweils ihre Zustimmung an. Stadtrat Heer freue sich besonders, da die Unterbringung in andere Räumlichkeiten schon lange überfällig gewesen sei.

EBM **Seigfried** betont, dass die Armutsbekämpfung grundsätzlich eine staatliche Aufgabe sei, welche aber durch caritative und kommunale Einrichtungen im Rahmen des Möglichen unterstützt werden solle. Mittlerweile sei eine gute soziale Infrastruktur entstanden.

Anschließend lässt EBM **Seigfried** über den geänderten Beschlusstext abstimmen.

Beratungsverlauf:

Frau **Sperzel** und Frau **Wern** (FB Bürgerschaftliches Engagement) berichten über die Entwicklung des Stadtteilzentrums Eglosheim. Der Vortrag wird durch Bilder und Impressionen unterstützt. Die neuen Räumlichkeiten würden sehr gut besucht und die Angebote so gut angenommen, dass bereits die personellen Grenzen erreicht seien. Die ursprüngliche Kalkulation vor dem Umzug entspräche nicht mehr den realen Kosten. Der Zulauf überträfe alle Erwartungen und Planungen. Um eine Kostendeckung zu erreichen, sei ein erhöhter Zuschuss nötig. Alternativ müsse der Essenspreis erhöht oder die Anzahl der Gäste minimiert werden.

EBM **Seigfried** macht den Vorschlag, die Erhöhung des Zuschusses im Zuge der Haushaltsberatung einzubringen.

Stadtrat **Link** interessiert sich, ob der große Zulauf Auswirkungen auf das Jugendhaus habe.

Eine Abwanderung der Jugendlichen aus anderen Einrichtungen gäbe es nicht, meint Frau **Wern**.

Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** begrüßt die Arbeit des Stadtteilbüros.

Klärungsbedarf sieht Stadtrat **Daferner** bezüglich der ehrenamtlichen Tätigkeit mit Bezahlung. Außerdem solle die gesamte Stadt bezüglich der Einrichtung von Stadtteilzentren im Blick bleiben und nicht der Fokus auf einzelne Stadtteile gerichtet werde. Zudem müsse die Entwicklung der Begegnungsstätten und deren zukünftige Aufgaben beobachtet werden.

Dem kann sich Stadtrat **Heer** anschließen und dankt den Verantwortlichen für die hervorragende Stadtteilarbeit.

Stadtrat **Dengel** zeigt sich froh darüber, dass dieses Stadtteilzentrum für Eglosheim eingerichtet werden konnte. Das ehrenamtliche Engagement sei bezeichnend für Eglosheim. Dem pflichtet Stadtrat **Haller** bei. Er halte die Einrichtung eines Mittagstisches auch im Stadtteil Neckarweihingen als denkbar.

EBM **Seigfried** erklärt, dass in weiteren Stadtteilen unter Berücksichtigung der Sozial-, Vereins-,
Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 29.06.2016

Infrastruktur Angebote eingerichtet seien.

TOP 6

**Neuorganisation Fachbereich 33 -
Bürgerdienste**

Vorl.Nr. 166/16

Beratungsverlauf:

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) informiert anhand der Vorl. Nr. 166/16 über die Neuorganisation innerhalb des Fachbereichs Bürgerdienste. Mit Hilfe eines Organigramms zeigt er auf, wie der Fachbereich für die Zukunft gerüstet sein solle. Die Raumsituation wäre noch zu verbessern. Derzeit sei beispielsweise das Standesamt nicht barrierefrei zu erreichen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stellt die Frage, ob es bereits Pläne für die räumlichen Veränderungen gebe. Dazu erläutert Herr **Schindler**, dass es noch keine genauen Planungen vorlägen. Sobald reale Möglichkeiten bestünden, würde man in die Planung gehen und zeitnah unterrichten.

Auf Anregung von Stadträtin **Moersch** sagt EBM **Seigfried** zu, dass für die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales in nächster Zeit eine Begehung des Bürgerbüros organisiert werde.